

Herausforderungen der Demokratie

Ein soziologischer Workshop befasst sich mit aktuellen politischen Herausforderungen Deutschlands zwischen Partizipation und Populismus

Kann man angesichts aktueller populistischer Herausforderungen von einer Krise der Demokratie in Deutschland sprechen? Und wenn ja, woran lässt sich dies genau festmachen? Oder wird der Befund der Krise voreilig bemöhrt, gerade auch im internationalen und im historischen Vergleich? Dass Demokratien jenseits der Rede von Krisen stets Veränderungen unterliegen ist fraglos und gehört zu ihren konstitutiven Merkmalen, so *Martin Endreß* in der Einführung zum von ihm in Kooperation mit der Sektion „Politische Soziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) veranstalteten Workshop „Herausforderungen der Demokratie. Zur gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands“, der am 8. November 2019 an der Universität Trier stattfand. Mehr noch sei die Stabilität der Demokratie gar nicht denkbar ohne ihren kontinuierlichen Wandel. Zu fragen sei aber, so Endreß weiter, ob aktuelle Entwicklungen von besonderer Qualität sind und einen grundlegenden Umbruch für die deutsche Demokratie bedeuten. Im Sinne von M. Rainer Lepsius sei es deswegen – gerade auch für die Politische Soziologie – von zentraler Bedeutung, zu analysieren, welches die sozialen Strukturbedingungen der Demokratie sind und wie sich diese ggf. verändern. Diesen Fragen nahm sich der Workshop insbesondere mit Blick auf die Phänomene des Populismus und der Partizipation produktiv an.

Vor diesem Hintergrund diskutierte zunächst *Georg Vobruba* (Leipzig/Wien) in seinem Vortrag „Populismus in der Demokratie“ die Frage, welcher Strategien sich der Populismus bedient und weshalb er damit in gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexten zumindest kurz- und mittelfristig so erfolgreich ist. Von zentraler Bedeutung ist dabei, so Vobruba, dass soziale Prozesse nicht länger als klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zu verstehen sind (falls sie es denn je waren), in denen Intentionen und ihre Effekte ein Eins-zu-eins-Verhältnis aufweisen. Stattdessen prägt eine umfassende Unübersichtlichkeit das Bild und der Bezug auf Akteure und ihre Intentionen, oder gar die klare Zuschreibung von Verantwortung, ist im Sozialen im Allgemeinen und in der Politik im Besonderen in komplexen Gegenwartsgesellschaften nur noch bedingt möglich. Demgegenüber wirbt der Populismus mit einem radikalen Vereinfachungsversprechen: Klar identifizierbare Akteure und ihre Intentionen werden hier wieder in den Mittelpunkt gestellt und als zentrale Topoi werden ‚das Volk‘ und die ‚Volkssouveränität‘ im politischen Diskurs platziert – und somit eine Eindeutigkeit der komplex gewordenen Welt vermeintlich wiederhergestellt. Davon ausgehend, dass das Phänomen des Populismus systematisch auf demokratische Strukturen angewiesen, aber an der Grenze der Demokratie angesiedelt ist, erweist sich der Populismus damit Vobruba zufolge zwar als wirkmächtig, ist aber letztlich – verstanden als Teil der Demokratie – erfolglos. Denn das Vereinfachungsversprechen des Populismus führt in einen Teufelskreis: Populistische Maßnahmen haben nicht den versprochenen Effekt – weil die Wirklichkeit eben doch komplexer ist als versprochen –, daraus folgt aber nicht die Verabschiedung dieser Maßnahmen, sondern oftmals ihre Radikalisierung – mehr vom selben also. In dieser Logik kann der Populismus aber letztlich in einem demokratischen Rahmen nicht erfolgreich sein, da er systematisch ausgrenzt, so Vobruba abschließend, und er sich so allenfalls hin zum Autoritarismus wandle.

Im Anschluss befasste sich *Sylke Nissen* (Leipzig) in ihrem Vortrag „Austausch auf Augenhöhe. Wunsch und Wirklichkeit in politischen Beteiligungsprozessen“ mit – für Demokratien konstitutiven – Partizipationsformen und -prozessen. Hier stellen sich, so Nissen, die Fragen, was der langfristige Rückgang des Engagements im Rahmen von konventionellen Partizipationsformen (u.a. bei Wahlbeteiligungen) für die Demokratie bedeutet und ob Gegenbewegungen auszumachen sind. Nissen identifizierte in ihrem Beitrag insbesondere zwei Gegenbewegungen zum Rückgang

klassischer Beteiligung: einerseits den Top-down-Versuch, systematisch Partizipationsmöglichkeiten im Zuge politischer Prozesse zu institutionalisieren und andererseits die Zunahme unkonventioneller Partizipationsformen (vom zivilen Ungehorsam und Demonstrationen bis hin zu bspw. den von Heiner Geißler moderierten Stuttgart 21-Schlichtungsgesprächen in den Jahren 2010 und 2011). Zwar führten diese Entwicklungen zumindest teilweise zu einem erneuten Anstieg der Partizipation, sie sehen sich zugleich aber verschiedenen Kritiken gegenüber. So wird vor allem die politische Instrumentalisierung der Partizipationsverfahren, die Frage danach, ob sie wirklich ergebnisoffen sind, sowie die hohe Selektivität von in solchen Verfahren Beteiligten vielfach kritisiert. Vor diesem Hintergrund schloss der Vortrag mit einem ambivalenten Fazit: Ein Zurück in Vor-Partizipationszeiten ist kaum denkbar, zugleich sind aber realistische Erwartungen gegenüber Beteiligungsverfahren notwendig, die eine Distanzierung von der vermeintlichen ‚Heilsbotschaft‘ partizipativer Verfahren für die Demokratie ermöglichen.

Im dritten Vortrag des Workshops beschäftigte sich *Martin Endreß* (Trier) unter dem Titel „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland heute“ mit der Frage, ob und inwiefern der Befund von ‚Weimarer Verhältnissen‘ in gegenwärtigen politischen Konstellationen, welcher spätestens nach der Landtagswahl Thüringen am 27. Oktober 2019 als ein zentrales Diskursformat zur Lage der Demokratie in Deutschland gelten kann, zutrifft. Dem ging Endreß nach, indem er systematisch Parallelen und Differenzen in sozialer, politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht zwischen der Weimarer Republik einerseits und der Berliner Republik andererseits analysierte. Der Vergleich verdeutlichte, dass die Weimarer Republik im Kontrast zur Berliner Republik als von vielfältigen Strukturproblemen deutlich belasteter gelten kann und entsprechend diese aktuellen historischen Vergleiche ob ihrer vielfältigen Überzeichnungen in ein kritischeres Licht zu rücken sind. Für Endreß lässt sich daraus aber umgekehrt kein uneingeschränkt positives Fazit für gegenwärtige politische Konstellationen ableiten. Vielmehr identifizierte er auch für die Berliner Republik vielfältige Ambivalenzen in sozio-politischer, sozio-struktureller und sozio-kultureller Hinsicht, die die großen aktuellen politischen Herausforderungen Deutschlands verdeutlichen. In einem Resümee konstatierte er schließlich die Aktualität von Tendenzen zur Entkernung der Demokratie – insbesondere hinsichtlich des strategischen Abstellens auf eine imaginierte ‚Mitte‘ des politischen Diskurses und damit verbundene Politiken der vermeintlichen Alternativlosigkeit –, welche als Gefahren für eine „Selbstaushöhlung von Demokratien“ ernst genommen werden müssen, will man populistischen Dynamiken systematisch entgegentreten.

Die Themen der drei Vorträge verbindend wurde in einer gemeinsamen Abschlussdiskussion die Frage nach den Möglichkeiten eines produktiven Umgangs mit dem Phänomen des Populismus und populistischen Akteuren erörtert. Auch in diesem Zusammenhang erwiesen sich Ambivalenzen und die Notwendigkeit, sie auszuhalten und mit ihnen umzugehen, angesichts der Komplexität aktueller sozialer und politischer Prozesse als allgegenwärtig: Einfache Lösungen, wie sie der Populismus verspricht, gibt es auch im Umgang mit dem Populismus selbst nicht.

Benjamin Rampp
DFG Forschungsgruppe 2539 „Resilienz“

Weitere Informationen:
<http://www.asoz.uni-trier.de/>